

Kwasniewski, Klaus

Article — Digitized Version

Gefährdeter Freihandel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kwasniewski, Klaus (1977) : Gefährdeter Freihandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 7, pp. 324-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135086>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Kwasniewski

Gefährdeter Freihandel

Während auf der Wirtschaftsgipfelkonferenz der Regierungs- und Staatschefs der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen Mitte Mai in London noch ein eindeutiges Bekenntnis für den freien Welt-handel abgegeben wurde, fiel dieses auf der kürzlichen Rats-tagung der Regierungs- und Staatschefs der EG am gleichen Ort äußerst schwach aus. Auf Drängen Frankreichs wurde beschlossen, durch die EG-Kommission die Auswirkungen der offenen und freien Handelspoli-tik auf die Beschäftigungslage in den Mitgliedstaaten unter-suchen zu lassen. Vom zustän-digen EG-Kommissar Davignon wurde sogar die Auffassung vertreten, Japan außerhalb der Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zu behandeln, da sich die Handelsungleichgewichte mit diesem Land nicht durch Exportkampagnen der Europäer und japanische Selbstbeschränkungen bei den Ausfu-hren beseitigen ließen. Gleich-zeitig forderte der französische Unternehmerverband CNPF

neue protektionistische Maß-nahmen und eine Neuorganisa-tion des Welthandels durch eine internationale Konferenz.

Neben diesen Absichtserklä-rungen und Forderungen, die auf eine Einengung des Frei-handels hindeuten, wird gegen-wärtig in der handelspolitischen Realität schon fleißig protektion-iert. Die Amerikaner, die auf dem Wirtschaftsgipfel in Lon-don als entschiedene Verfech-ter des Freihandels auftraten, wenden das umstrittene Instru-ment der ordentlichen Markt-abkommen mit Ausgleichszöllen bei Fernsehgeräten und Schu-hen an. Außerdem bestanden und bestehen Importquoten bei japanischen Kleinwagen und europäischem Spezialstahl so-wie bei Baumwolle, Erdnüs-sen, Fleisch und Milchproduk-ten. Auf der anderen Seite des Atlantiks hat die EG Anti-Dum-ping-Zölle auf Kugel- und Wälz-lagerimporte aus Japan erho-ben und Großbritannien auf ja-panische nichtlegierte Stahl-sektionen. Gemeinsam mit Frankreich nimmt Großbritan-nien auch eine protektionistische Haltung bei der Neuver-handlung des Multifaserabkom-mens des GATT ein. Sie wird von den Vereinigten Staaten abgelehnt, was ihnen insofern auch leichtfällt, als ihre Textil-industrien durch einen dreißig-prozentigen Sonderzoll gut ge-schützt sind. Die Japaner dürf-ten gegenwärtig Stahl und Schiffe zu Dumpingpreisen ex-portieren, selbst aber ihren he-imischen Markt durch Qualitäts-kontrollen sowie ein ineffizien-tes Verteilungssystem mit star-ken Preisaufschlägen bei aus-ländischen Gütern schützen. Australien wiederum will Uran-lieferungen an die EG mit Zu-geständnissen bei der gemein-samen Agrarpolitik verknüpfen.

Mit diesen Tendenzen zum Protektionismus werden jene Skeptiker bestätigt, die seit einiger Zeit den Freihandel durch die wirtschaftlichen Probleme und insbesondere die Arbeitslosigkeit in der west-lichen Welt gefährdet sahen.

Durch den Ausschluß unliebsa-mer Importe sollen gefährdet Branchen und damit Arbeits-plätze geschützt werden. Di-Folge sind höhere Preise fü- den Konsumenten und, da häu-fig Strukturanpassungen unter-bleiben, eventuell auch Wachs-tumsverluste. Hinzu kommt di-Gefahr der Gegenreaktion de-betroffenen Handelspartners-der seinerorts die Exportgüter des protektionisierenden Lar-des von seinem Markt aus-schließen kann.

Diese Gefahr ist es den auch, die den Protektionismu-zwischen den wichtigsten Wel-handelsländern nicht in der Maße anschwellen ließ, wie e-aufgrund von Dauer und Aus-maß der Arbeitslosigkeit ange-nommen werden konnte. Zeng sind nämlich nach der Zweiten Weltkrieg die wechse-seitigen Verflechtungen und Ab-hängigkeiten geworden, so da-es bei einem Handelskrieg ke-ne Sieger, sondern nur Besie-gte geben würde. Aus dieser Grunde ist das Risiko eine Ausbruchs eines Handelskrie-ges zwischen den großen Indu-strielländern gering, trotz alle-protektionistischen Anzeichei-Dennoch ist der Freihandel ge-fährdet, und zwar durch ein-Tendenz der Kartellierung de-internationalen Handels unter den reichen Industrieländeri-Der Widerstand gegen das Mu-tifaserabkommen zeigt nämlic-daß die Industrieländer imm-weniger bereit sind, eine zunel-mende Konkurrenz der Entwic-lungsländer mit ihren niedrige-Löhnen bei arbeitsintensive-erzeugnissen hinzunehmen-Hier zeichnet sich mittel- ur-langfristig die Gefahr eine-Handelskrieges zwischen de-reichen und den armen Län-dern ab. Er wäre, weil die En-wicklungsländer in der schw-cheren Position sind, von de-Industrielländern zwar leicht-zugewinnen. Verlieren würden s-ihn über die dann auftretende-negativen Effekte der schlecht-ren internationalen Arbeitste-lung auf Produktivität und L-bensstandard aber dennoch.